

Sozialdemokratische Partei-Zeitung für Halle

Sozialdemokratische Partei-Zeitung für Halle
 und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Cuerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Sömmering, Torgau-Riesaerwerde, Sangerhausen-Carlseberg, Zeitz-Weißenfels, Naumburg-Eisenach und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27, Fernruf 5407.
 Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark. Einzelhefte: 10 Pfennig.
 Druck: 1000 Exemplare. Druckort: Halle a. S.

Un die Arbeiter der Welt!

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer), der Zweiten Internationale (London) und die Internationale Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind zum ersten Male zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten.

Nach Prüfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Europas und ganz besonders Deutschlands erkennen die Exekutivkomitees an das am 8. Juli 1922 in Berlin beschlossene Manifest der Internationalen Gewerkschaftsbünde und weisen die Arbeiter und die Demokratien der ganzen Welt auf die Gefahren hin, die die Existenz der deutschen Republik, das wichtigste Element des Friedens und der Wiederherstellung Europas bedrohen. Sie beschließen die deutschen Arbeiter zu ihren gewaltigen und einmütigen Protestaktionen, in denen sie sich erheben haben, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuwerfen. Sie hoffen, daß der deutsche Arbeiterstand sich erheben werde, dem der Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen und militaristischen Treiben ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig geben sie dem Vertrauen in den Willen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Eingreifen der Vereinigten Staaten

in den Krieg war von entscheidender Bedeutung. Die Konferenz erachtet deshalb von ihnen, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mitwirken, um dadurch die zerstörte Wirtschaft Europas, die heute die einen mit der Peinlichkeit der Arbeitslosigkeit schlägt, die anderen mit Hunger und Epidemien bedroht, wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921, die völlig gegenstandslos geworden sind, unverzüglich aufzuheben. Durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund gibt es die Garantien, daß es sich den internationalen Rechtsentscheidungen unterstellt.

Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutivkomitees nachdrücklich alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Ein isoliertes Deutschland ist jedoch zur Ohnmacht verurteilt. Ein Gleichgewicht zwischen den anderen Nationen ist zu erzwingen. Die militärische Besetzung der Gebiete der deutschen Arbeiter durch die Besatzungsmächte der Siegermächte ist ein Verbrechen, das die Wiederherstellung der Weltfriedensbedingungen der Arbeiter aller anderen Länder zur Folge hat. Der Staat Deutschlands behaltet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltfriedens, die deutsche Republik zu unterstützen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, wenn internationale Kredite die Genugtuung seiner Wirtschaft ermöglichen.

Rechte aller Völker!

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erheischen, daß ihr mit all eurer Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpft. Angehts seines finanziellen Zusammenbruchs muß Deutschland, während es innerlich wirtschaftliche Maßnahmen zur Entlastung der Steuern und zur Verhinderung der allgemeinen Interessen schädigenden Kapitalflucht ergreift, als unmittelbare Aktion das verlangte Moratorium gemäß werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Antilich.

Die Konferenz richtet an euch die dringende Aufforderung, für diese Ideen und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln durch eure Organisationen, eure Presse, durch Massenaktionen und durch eure Vertreter in den Parlamenten eine unermüdliche, unausgesetzte Propaganda zu entfalten.

Auf! Für die deutsche Republik! Für den Wiederaufbau Europas! Für den Frieden der Welt!

Die Politik der Entente

treibt Deutschland jedoch in den Bankrott und wirft es der Reaktion in die Arme. Die Last der Reparationen ist zu schwer. Die militärischen Okkupationen ist zu groß. Die militärische Besetzung der Gebiete der deutschen Arbeiter durch die Siegermächte ist ein Verbrechen, das die Wiederherstellung der Weltfriedensbedingungen der Arbeiter aller anderen Länder zur Folge hat. Der Staat Deutschlands behaltet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltfriedens, die deutsche Republik zu unterstützen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, wenn internationale Kredite die Genugtuung seiner Wirtschaft ermöglichen.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
 J. S. Thomas, E. Jouhaux, Th. Vanpetert, E. Wertens.
Exekutivkomitee der II. Internationale.
 Tom Shaw, Otto Wels, J. Wauters, S. de Man, F. J. Troelstra, F. M. Wibaut, U. Wittgen.
Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien.
 Jean Longuet, Gaede, A. C. Wollfsohn, M. Crijpin, Grimm, Paul Graber, Carl Cernat, S. Caplanoff, Friedrich Mler.

Gemäß den Prinzipien und den Beschlüssen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Konferenzen zu Amsterdam und Frankfurt a. M. muß die deutsche Schuldlast vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die internationalen Schulden vermindert werden. Nur auf diesem Wege erhebt die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutivkomitees an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Das

USB-Parteiung.
Hauptprogramm - Punkt: Die Einigungsfrage.
 Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, zum Sonntag, dem 1. Oktober d. J., einen ordentlichen Parteitag nach Gera einzuberufen. Die Tagesordnung ist nachstehend festgelegt: 1. Soll u. a. die „Einigungsfrage“ erörtert werden.
 Am Sonntag ist der Zentralausschuss der Kommunisten in Berlin hinter verschlossenen Türen zusammenzutreten. Zweck der Beratungen ist hauptsächlich die Aussonderung der Einigungsbedingungen der beiden sozialistischen Parteien durch die Kommunisten.
 Es ist anzunehmen, daß bei einigermaßen sachlichem Verhalten der Zeitungen beider Richtungen — wobei streng objektiv gehaltene wissentliche Auseinandersetzungen absolut nicht ausgeschlossen zu sein brauchen — die Klärung und Annäherung zwischen S. D. und U. S. D. bereits insofern fortgeschritten sein wird, daß der Parteitag keine allzu schwierige Arbeit haben und von prinzipiellen Oppositionsmännern, von Lebbauer abgesehen, keine ernsthaften Politiker die Einigung zu hintertreiben versuchen wird.

Bahnen und das Gesetz zum Schutz der Republik.

Ablehnung des Reichsvollzuges in Sachen des Gesetzes zum Schutz der deutschen Republik. — Das Reichsministerium wird nicht anerkannt. — Die Demokraten kündigen den Austritt aus der Regierung an. — Landtagsmehrheit für die Beschlüsse des Staatsministeriums vorhanden.

Berlin, 24. Juli. Nach Meldung der „Berl. Montagspost“ aus Brüssel ist das Staatsministerium mit Stimmenmehrheit beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Staatsregierung das Recht des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik übernimmt, aber den Vollzug der bayerischen Staatsministerien und Vorgesetzten überträgt und damit die Bayern die Willkür der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet. Die Mehrheit des bayerischen Staatsministeriums glaubt sich bei diesem Vorhaben auf Artikel 48 der Reichsverfassung berufen zu können, in dessen letztem Absatz den Bundesregierungen das Recht eingeräumt wird, wenn Gefahr im Verzuge ist, die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Mehrheit des bayerischen Kabinetts hat ferner beschlossen, das Reichsministerialpolizeigesetz nicht als rechtsverbindlich anzuerkennen und seinen Vollzug in Berlin nicht zu gestatten. Die demokratische Partei in Bayern erachtet durch diese Beschlüsse das bisherige Regierungsprogramm als durchbrochen und erklärt die Regierungskommission für abgelehnt, da die beschlossenen Maßnahmen der Reichs- und Landesverwaltung nicht vereinbar sind. Der demokratische Handelsrat hat daher dem Ministerpräsidenten seinen Austritt angekündigt. Da die Mehrheit des bayerischen Staatsministeriums die Unterzeichnung der Deutschnationalen, der Deutschen Sozialistischen Partei und der Bayerischen Volkspartei im Landtage finden werden, die die Wiederherstellung über eine Mehrheit verfügen. Der Bayerische Bauernbund wird am Mittwoch zu der allgemeinen Stellungnahme schreiben.

Die nicht fertigwerdende bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 24. Juli. M. T. B. meldet: Die inoffizielle Aussprache zwischen führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten wackelt. Die Gründung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist in den letzten Tagen während der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses fortgesetzt worden. Dabei ist wieder einmal der Gedanke erörtert worden, die Minister der Reichspräsidenten am Ende des Jahres zu versammeln. Man ist auf der demokratischen Seite der Ansicht, daß die Regierung keine Aussicht auf Besserung hat, für den Fall einer neuen Reichsregierung hat sich jedoch die Deutsche Volkspartei ausgesagt. Der Gedanke ist zwar von der übrigen Parteierstern beifällig aufgenommen worden, doch darf man daraus nicht ohne weiteres folgern, daß auch die Fraktionen damit einverstanden sind. Wir geben diese Meldung unter dem Vorbehalt wieder, mit dem alle Wolff-Meldungen über innere Politik zu genießen sind.

Schlusfolgerungen aus dem Gemeinwesen zu ziehen wird erst dann möglich sein, wenn die Entscheidung hinsichtlich der Ergebnisse nach der einen oder anderen Richtung festgestellt haben wird. (S. auch 2. Seite.)

Probleme der Lohn- und Preisbewegung im Bergbau.

II. Die Verhältnisse im Steinkohlenbergbau.

Durch die ständig sich steigenden Lebenshaltungskosten einerseits und durch das schnellere Wachstum der Löhne und Gehälter in den Industrien mit freier Preisbildung und Belastungsmöglichkeiten andererseits machte sich zu Ende des Monats Mai eine lebhaftere Bewegung in den Bergarbeiterlöhnen bemerkbar. Die Organisationen haben sich deshalb veranlaßt, mit neuen Forderungen auf Erhöhung der Löhne an die Arbeitgeber des Bergbaus heranzutreten. Eine idiosynkratische Abgabe aus dem Ertragssteuern, die Regierung, von den Bergarbeitern anzuregen, würde zu vermitteln, jedoch zu nicht ohne Erfolg.

Die Arbeiter erklären, daß eine Lohn- und Preisbewegung ohne Preisbewegung nicht von den Werken getrennt werden könnte; eine Preisbewegung aber in größerem Ausmaß nicht möglich sei, da man sich den Preisen der englischen Kohlen bereits lebhaft genähert habe (in Hamburg lieferten Anfang Juni englische Kohle 1585, deutsche Kohle 1590 M. je Tonne). Da bei dem in den letzten Monaten sich abspielenden Preisbewegung englischer Steinkohle Eingang in die deutsche Industrie gefunden hätten (vom 1.—15. Juni gingen über Hamburg 933.000 Tonnen engl. Steinkohle nach Deutschland herein) würde die Lage für den deutschen Bergbau katastrophal, wenn von einer Preisbewegung nicht Abstand genommen und die Förderungslöhne nicht gesteuert werden.

Demgegenüber erklärten die Organisationen mit vollem Recht, daß die zurzeit gestiegenen Löhne nicht hinreichen, die Lebenshaltungskosten zu decken, und daß bei der bereits eingetretenen und in noch stärkeren Maße sich bemerkbar zeigenden Inflationserhöhung der Bergarbeiter nicht zu denken sei. Wenn eine Erhöhung der Löhne nicht anders durchgeführt werden könne, müßte die Kohlensteuer abgebaut werden.

In dieser schwierigen Situation machte die Regierung den Vorschlag: 1. die Arbeitszeit wöchentlich auf 48 Stunden zu verlängern unter grundsätzlicher Wahrung der Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter, 2. die Löhnerhöhung mit 50 Proz. Lohnzuschlag zu vergüten, 3. die Steuer aus der Mehrforderung zurückzugeben und die Gelder zur allgemeinen Erhöhung der Löhne zu verwenden.

Sie verweist dabei auf den Einnahmeausfall, der für das Reich beim Abbau der Kohlensteuer entfiel, ohne zurzeit andere Deckungsmöglichkeiten zu haben. Ferner auf die schwierige Situation, in die sie gegenüber der Entente gerate, da sie für die Bilanzierung des Haushaltsplans sich verpflichtet habe.

Der Erfolg der Verhandlungen ist bekannt. Den Bergarbeitern wurde ab 16. eine Erhöhung von 25 M. ab 1. 7. zunächst eine Erhöhung von 30 M. und, als die für den Juli eine Erhöhung der Kohlenpreise ausfällt, ohne die Preise der engl. Kohle zu überschreiten, eine weitere von 30 M. ab 1. 7., also gegenüber dem 1. Juni eine solche von 65 M. in Aussicht genommen. Das Verhalten von Arbeitern und Arbeitgebern wird die Förderung zu haben, lebten die Bergarbeiter zunächst noch ab.

Wie sieht nun in den Streit der Parteien für und wider zu müssen, will ich einmal versuchen, die entzündenden Mißverständnisse nachfolgend zu beleuchten.

Solange die Kaufkraft unseres Geldes fällt, werden sich Preis- und Lohnbewegungen im Bergbau ohne allzu große Schwierigkeiten durchführen lassen. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die Kohlenpreise in der letzten Zeit eine außerordentlich starke Preissteigerung und daß die allgemeinen Summen, die die ausgiebige Erhöhung der Löhne beschränken, dadurch immer größer werden. Es muß außerdem berücksichtigt werden, daß in demselben Momente in dem eine Stabilisierung der Wälua oder gar eine rückläufige Bewegung zur Besserung eintritt, der Preissteigerung und damit der Lohnbewegung ein Damm entgegengelegt wird. Nicht zuletzt ist zu bedenken, daß bei eintretender Preissteigerungsmöglichkeit in der Industrie das zurzeit geforderte Quantum Steinkohle nicht ausreicht, die Betriebe zu versorgen und diese deshalb schon um Beschäftigungsmöglichkeit für ihre Arbeitnehmer zu behalten, nach wie vor ein größeres Stück Arbeit zu leisten und zu tun haben. Der Einsatz ausländischer Steinkohle geht aber nur auf Kosten unseres Volkswirtschaften und wird deshalb ohne Zweifel eine weitere Verschlechterung unseres Wirtschaftes nach sich ziehen. Wir würden also auf diese Weise unter keinen Umständen zu einer Besserung unserer Volkswirtschaftsverhältnisse kommen, denn die Lebenshaltungskosten würden weiter steigen und sich zweifelslos nach wie vor den Weltmarktpreisen annähern werden.

Wie groß der Abfall deutschen Vermögens im Ausland bei der Einfuhr engl. Kohle ist, mag nachfolgendes Zahlenbeispiel zeigen. In der Zeit vom 1.—15. Juni wurden über Hamburg 933.000 Tonnen englische Steinkohle eingeführt. Den Preis von 1585 M. zu multiplizieren mit 933.000, zurunde gelegt, bedeutet allein eine Abgabe von 1,5 Milliarden. Dieselbe Menge an deutschen Preis ab das Jahr umgerechnet, zeigt eine Summe von 63 Milliarden dabei ist zu berücksichtigen, daß bei jetzigen Wälua der Preis ein entsprechend höherer wird.

Es ist deshalb erklärlich, daß die Regierung aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Erhöhung der Steinkohlenförderung ankämpft, besonders, da ja unsere Außenhandelsbilanz an und für sich eine passive ist. Da selbst heute aus dem Standpunkte, daß eine Erhöhung der Förderung innerhalb der festgelegten Normaleinsparungen durch Preisbilligung möglich ist, der technischen Einrichtungen aus uns mit dem Gedanken einer Fortbewegung auf anderem Wege solange eine Deutung durch technische Vollkommnung nicht eintritt, zu befremden. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist nicht nur, der Regierung höhere Löhne zu erklären, sie müßten in demselben Maße für die Besserstellung der Arbeiter einzutreten, wenn sie die soziale Lage der Arbeiter verbessern wollen.

DEUTSCHE BANK

FILIALE HALLE

Alte Promenade 1b (gegenüber dem Stadttheater)

Eröffnung 24. Juli 1922.



Weltrekordläufer Mazeppa

Deutscher Marathon-Meister

rollt einen
Riesen-Steinhäger-Krug
der
Wittenborg-Brennereien
Steinhagen

auf seinem Wettlauf durch Deutschland.

Hauptstrecke:

Köln, Duisburg, Essen, Dortmund, Bielefeld, Hannover, Braunschweig, Bad Harzburg, Kassel, Erfurt, Leipzig, Dresden, Berlin.

Preisrätsel:

In welcher Zeit ist der Lauf durchgeführt?

Die 10 besten Lösungen werden prämiert:

1. Preis Mk. 3000.-
2. Preis 25 Krüge
3. Preis 15 Krüge
4. Preis 12 Krüge

Original Wittenborg
Echter Steinhäger

mit der Aufschrift „Prelarästel Echter Wittenborg-Steinhäger“

sind bis zum 5. August zu senden an Rechtsanwalt und Notar Dr. Jacobsen, Herford.

Lauf durch Halle am Mittwoch, den 26. Juli, nachmittags

Vertreter der Wittenborg-Brennereien: **Hermann Müller, Halle a. d. S., Pfälzerstrasse 4.**

II. Teil. **Soeben erschienen!** II. Teil.

Aus der Betriebsrätepraxis

von **U. Höpfer**,
Sekretär der gemeinnützigen Betriebsrätezentrale d. A. D. G. B. und des WfA-Bundes.

Jeder Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär und Vertrauensmann braucht neben **Platon**, Kommentar zum Betriebsgesetz dieses wichtige Buch. — Preis 70.— Mark

Buchhandlung der Volksstimme
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Was sagen die Kräfte über Obermeyer's Metall-...
zur Vervollständigung des **Jahrbuch**...

Ein Posten preiswerter

la Mäntel und Schläuche

eingetroffen.

Emallierung, Vernicklung, Schweißen und Löten aller Fahrtrichter.
Reparaturen werden sauber u. fachgemäß ausgeführt

Paul Oehler, Falkenberg.
Friedrichstrasse Nr. 26.

Walhalla.

Dir. Josef Milos.

Heute Montag!
3 spannende Entscheldg. 3 v. d. Hayd geg. Max Steinke Mittelgew.-Mstr. Pommern Barkowski gegen Kyriloff Berl. Mstr. Sibirien Bilku gegen Urbansky Nordd. Mstr. Polen

Alle Kämpfe bis zur Entscheidung. — Vorher der glänzende Varietéteil. Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr.

Portemonnaies
1a Leder, 2stück
Hugo Krasemann,
Ueberwars
Spezialgeschäft
für nur 25
Gömmersstraße 19.

Pianos

Halbesam u. Schmitt, aus nur allerbestem Material empfiehlt zu billigen Preisen

Albert Hoffmann,
im Nebengeschäft.

Leder-Sport-Gürtel

in 6 verschiedenen Größen
40 mm breit 85.00 Mark,
50 mm breit 65.00 Mark.

J. Rautenberg,
Leipziger Str. 97
Draußenstraße.

Einladung

zum Heimatfest des Kreises Wittenberg, Bez. Halle.

Am Freitag, den 28. Juli 1922, abends, wird die feiertätige Vogelweie durch Aufzug und Einmarsch eröffnet. Wir wollen das Heimatfest wie bisher im Zeichen des „Dreitgürtens“ abhalten, denn:

Ein Heimatfest ist unsere Vogelweie seit Jahrhunderten; ein Volksfest auch, zu dem sich alle Kreise ohne Unterschied des Standes zu frohen Stunden vereinen;

ein Jugendfest ist unsere Vogelweie, denn mit die schönsten Erinnerungen eines jeden Wittenberger Mädchens und Jungen sind und bleiben die Tage des Heimatfestes. So soll es weiter bleiben.

Wir bitten alle Bewohner von Stadt und Land daran teilzunehmen und da in diesem Jahre das Bundesfest der Provinz Sachsen und der freistaaten Anhalt und Braunschweig damit verbunden wird, bitten wir besonders herzlich, den auswärtigen Gästen liebevolle Aufnahme und Gastfreundschaft zu gewähren. Der freundlichen Aufnahme bitten wir auch äußerlich Ausdruck zu geben, in dem Grün und Flaggenschmuck in den Kreisen, Landes- und Stadtfarben am Sonntag, den 30. Juli, das Straßenbild schmücken.

Die Schützengesellschaft.
Paul Friedrich.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle a. S.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1911, § 14, betr. Ortskrankenkassen, hat der Ausschuß der Kasse am 20. d. Mts. beschlossen, den bisherigen Versicherungsstellen zwei weitere zuzufügen, nämlich die 13. mit 100 Mk. und die 14. mit 120 Mk. Grundlohn mit Beiträgen von 30, 30, 30 Mk. jährlich. Das Krankengeld ist täglich auf 50 und 60 Mk. und die Beiträge wöchentlich auf 36.— und 43,20 Mk. festzusetzen. Zweckes Versicherung derjenigen Versicherten, deren ständiger Wohnort nicht in der Kasse liegt, ist die Kasse zu bilden. Erhalten mit die Herren Arbeitgeber der letzten Versicherungsstellen dieser Versicherung umgeben der Kasse zu melden. Wenn der jetzige Versicherungsbeitrag in Spalte 35 — Bemerkungen — des bis zum 20. d. Mts. an die Kasse zurückzugebenden Beitragsverzeichnis eingetragenen und **bevor** es einer besonderen Nachprüfung unterworfen wird.

Halle, den 24. Juli 1922.
O. Reiff, Vorstandsmitglied

Soeben erschien: Das

Gesundheitsbuch der Frau

mit besonderer Berücksichtigung des geschlechtlichen Lebens von **Alfred Grotjahn**, ordentlicher Professor der Hygiene an der Universität zu Berlin.

Preis dieses Buches geb. M. 28 zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volksstimme“, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Gute Gartenerde

kann auf unseren

Baugrundstück Zentschstraße 2 gegen eine Entschädigung von 30.— Mark pro volle Tonne angekauft werden.

Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbau-Vereins Halle (Saale).

Stellen finden.

Je 1 Maurer- und 1 Eisenbetonpolier

werden von hierher, großer Bauunternehmung zu baldiger Arbeit gesucht. Gehaltene Vorkere mit mehrjähriger Praxis wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschriften melden unter V. St. 118 an die Expedition dieser Zeitung.

Einen Isolierer

für dauernde Isolierarbeiten sucht

Kallwerk Ernstall, Wansleben.

Partei-Angelegenheiten.

6. 3. D., Dissoziation Halle. Heute abend 8 Uhr ...

Halle und Gauleisorte.

Halle, den 24. Juli 1922.

Der Weg durch die Verwaltungsmaschine.

Die diesjährige Volkseinzugswahl macht sich folgende Verord- ...

Zum Streit der Gastwirtschaftlichen.

Von den Schiffenverretern im Gastwirtschaftsgewerbe wird ...

Zum Streit der Buchbinder und Papierarbeiter.

Zu einer Einigung ist es durch die Verhandlungen vor dem ...

Die Streikleitung.

Wahlhalla Ringampfle. Die Sonnenbäder brachten fol- ...

v. d. Hebt ausgeprochen. Curt - Handoff nach 22 Minuten ...

Die Lohnverhandlungen der Landarbeiter.

Annahme eines Schiedsprüdes.

Die Lohnverhandlungen der Landarbeiter, über die wir in ...

Gallisches Operetten-Theater.

Operette in drei Akten von H. M. Willner und Arthur Reber. Musik von Leo Fall.

Die Leitung des Theaters hat einen ziemlich gut gelungenen ...

Societ Mäße sich das Orchester unter Kapellmeister Haupt ...

Ferienwanderung. Mittwoch, 19. Juli, Treffen auf dem Hall- ...

Provinz und Umgebung.

Erleben. Anfang und Ende? Ein erliches Wort, be- ...

Sangerhausen.

Arbeiter meist auf, weil ich uns ...

Dißer Cognac advertisement with logo and text.

Bei Einkäufen advertisement for Hartobsthanget.

Antifache Bekanntmachungen Erleben advertisement.

Bei Sobel kauft man gut u. billig Glas, Porzellan, Emaillewaren.



